

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

93 (12.11.1848)

Karlsruher Beobachter.

Nr. 93.

Sonntag den 12. November

1848.

Aus der Zeit.

— Karlsruhe, 7. Nov. [99. Sitzung der zweiten Kammer.] Schluß der Berathung des Dennig'schen Kommissionsberichts, das Budget des Eisenbahnbaus für 1848 und 1849, und die Nachweisungen über den Bauaufwand bis zum 31. Dez. 1847 betr. Nach einer summarischen Zusammenstellung, einschließend des Budgets für 1848 — 1849, belaufen sich die Gesamtkosten für alle badischen Staatsbahnen auf 31,034,111 fl. 9 kr., und der badische Antheil an der Main-Neckarbahn auf 1,866,666 fl. Zusammen: 32,900,777 fl. 9 kr. An den Kosten für die badischen Staatsbahnen sind aber, wie bereits gestern bemerkt, schon 26,593,760 fl. 39 kr. bis 1. Jan. 1848 verausgabt, während 2,097,588 fl. 30 kr. in dem Budget für 1848 und 1849, der Rest mit 2,342,762 fl. aber später verwendet werden solle. Auf die Erklärung von Seite der Regierung, daß die Neubauten, mit alleiniger Ausnahme des elektro-magnetischen Telegraphen, wohl noch verschoben werden könnten, stellt Schaaff den Antrag auf Einstellung aller Neubauten für die laufende Budgetperiode mit Ausnahme des Telegraphen. Die Kammer geht auf diesen Antrag mit Zustimmung der Regierung ein. Die Nachweisungen über die früheren Ausgaben werden mit Ausnahme weniger unerheblicher Beanstandungen für gerechtfertigt erklärt, auch die Verwendungen für die Main-Neckar-Eisenbahn genehmigt und für Errichtung eines elektro-magnetischen Telegraphen 40,000 fl. bewilligt.

— Karlsruhe, 8. u. 9. Nov. [100. u. 101. Sitzung der zweiten Kammer.] Berathung des Zittel'schen Berichts über eine Anzahl von Petitionen, die Amnesirung der politischen Verbrecher betreffend. Der Kommissionsantrag geht dahin: „die Kammer wolle die vorgelegten Petitionen in Beziehung auf die Theilnehmer an dem Hecker'schen Aufstande, mit Ausnahme der vorzüglichsten Anstifter und Leiter desselben, so wie aller derer, die sich zum zweitenmal an einem aufrührerischen Unternehmen betheiligt haben, nachdem sie zuvor im Laufe dieses Jahrs amnestirt worden waren, dem Staatsministerium empfehlend überweisen.“ Sämmtliche Petitionen, auf welche sich dieser Antrag bezieht, sprechen nur von dem ersten (Hecker'schen) Aufstande, jedoch legt der Berichterstatter noch zwei weitere Gesuche von Altnendorf und Mühlburg vor, welche auch die Theilnehmer am Struve'schen Zuge amnestirt wissen wollen, und wovon die letztere dieselben als Männer bezeichnet, „die für die Rechte des Volks und der Freiheit eingestanden, jedoch der Uebermacht unterlegen seien.“ (!) Was hievon zu denken, überlasse er (Zittel) dem Ermessen der Kammer und hoffe, daß solche verkehrte Ansichten keine Vertheidiger finden werden. Nach lebhaften Debatten, wobei Staatsrath v. Stengel mittheilte, daß zu Folge eingekommener Begnadigungsgesuche schon 319 Betheiligte wirklich amnestirt und nur 69 zurückgewiesen worden; nachdem ferner

ein Antrag Kuenzer's: „1) alle Untersuchungen wegen der bis zum 21. Sept. d. J. verübten politischen Vergehen und Verbrechen niederzuschlagen, 2) die Untersuchung wegen des letzten Aufstandes auf die vorzüglichsten Anstifter und Leiter desselben zu beschränken,“ verworfen war, wurde der Kommissionsantrag mit unbedeutenden Fassungsänderungen angenommen.

— Heidelberg. Nach der Deutschen Zeitung wird gegenwärtig eine Untersuchung hier geführt, über eine angebliche Verschwörung mehrerer nassauer Soldaten, deren Ziel Ermordung des Obersten und einiger anderer Offiziere gewesen sein soll. Die Sache scheint uns noch sehr der Bestätigung zu bedürfen. — Der bekannte Mnemoniker Dr. Hermann Kothke hält hier Vorlesungen über Gedächtniskunst. Seine Leistungen die er zeigte, setzten alle Zuhörer in großes Staunen, noch mehr aber die Art, wie er es versteht, bei Andern ähnliche Geisteskräfte zu entwickeln.

— Frankfurt, 9. Novbr. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung wurde ein an den Präsidenten gerichtetes Schreiben des Abg. Moriz Hartmann verlesen, worin er anzeigt, daß die Abg. Rob. Blum und Gröbel in Wien verhaftet worden seien. Auf eine Interpellation des Abg. Wesendonck erklärte der Reichsjustizminister Mohl: er habe sogleich nach Empfang dieser Nachricht an das österreichische Justizministerium geschrieben, um dasselbe darauf hinzuweisen, daß zu einer Verhaftung von Mitgliedern der Nationalversammlung oder zu einer Untersuchung gegen dieselben in ganz Deutschland die Zustimmung der Nationalversammlung eingeholt werden müsse. — Folgende Paragraphen des Verfassungsentwurfs wurden heute in nachstehender Fassung angenommen: §. 12. „Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.“ §. 13. „Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Der Reichsgewalt steht es zu, die Größe und Beschaffenheit derselben zu bestimmen. Diejenigen Staaten, welche als Kontingent weniger als 6000 Mann stellen, geben in Beziehung auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf, und werden in dieser Beziehung entweder unter sich in größere Ganze verschmolzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, oder, insofern diese Verschmelzung nicht für angemessen befunden wird, einem angränzenden größern Staate angeschlossen. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleinern Staaten keine weitere Einwirkung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt oder dem größern Staate ausdrücklich übertragen wird.“ §. 14. Die Reichsgewalt hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controle. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Befehle und Anordnungen des Reiches zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, so weit dieselbe

nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird. §. 15. In den Fahneide ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. §. 16. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche die Ausgabe für den durch das Reich festgesetzten Friedensfuß übersteigen, fallen dem gesammten Reich zur Last. §. 17. Ueber eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche, Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz. §. 18. Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Reichsgewalt. Für den Krieg ernannt die Reichsgewalt die kommandirenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern operirenden selbstständigen Corps, so wie das Personal der Hauptquartiere dieser Armeen und Corps. §. 19. Der Reichsgewalt steht die Befugnis zu, Reichsfestungen anzulegen und, insoweit es die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichungen, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären. Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten. §. 20. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reiches. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten, noch Kaperbrieve auszugeben. Die Bemannung der Flotte bildet einen Theil der gesetzlich festgestellten Wehrmacht, sie ist jedoch unabhängig von der Landmacht. Diejenigen Staaten, welche Mannschaf für die Flotte stellen, erfüllen dadurch einen Theil der ihnen obliegenden Bundeswehrpflicht. Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reich aus. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte, für die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshafen und Seearsenalen ob. Ueber die, zur Errichtung von Kriegshafen und Marineetablissemens nöthigen Enteignungen, so wie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden, bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze.

— Berlin, 4. Nov. Der kürzlich geschlossene oder vielmehr aufgelöste demokratische Congress dahier scheint eine radikale Umgestaltung der veralteten zehn Gebote zu bezwecken. Mindestens zeigt ein gemüthliches Aktensstück seiner „Commission für die sociale Frage“ diese Absicht in Bezug auf das siebente Gebot, welches in der That höchst überflüssig wird, sobald die Welt den hier in einigen Sätzen bündig begründeten Communismus thatsächlich anerkennt. Es wird hier sonnenklar bewiesen, daß „das Eigenthum überhaupt kein privatrechtliches, sondern ein gesellschaftliches, also ein staatsrechtliches Verhältniß ist.“ An dieses Reichsgrundgesetz der „demokratischen Republik“ knüpft die Erklärung der Commission folgerichtig eine Anzahl von Sätzen, von welchen wir nur einige zur Uebersetzung der Angläubigen, zumal der verhärteten Bourgeoisie, hervorheben: „Sobald der Klassenkampf des Proletariats gegen das Bürgerthum zu Gunsten des ersteren entschieden ist — und erst mit diesem Moment treten wir in einen neuen socialen Zustand — sind die jetzigen bürgerlichen Eigenthumsverhältnisse von selbst aufgehoben. Wir treten alsdann aus dem Privateigenthum (gewiß!) in das Gesellschaftseigenthum (so?). Bis dahin aber ist es Aufgabe und Pflicht der revolutionären Partei, schon durch einzelne vorbereitende Maßregeln das auf Massenausbeutung beruhende Bürgereigenthum zu schwächen und zu verringern.“ Sonderbarer Weise jedoch verwarnen Plakate in den Lokalen unserer demokratischen Clubs vor den Maßregeln der Taschendiebe und scheinen noch in den Vorurtheilen des „alten socialen Zustandes“ befangen, oder werden hier keine „Bourgeois“ unter den Besuchern vorausgesetzt?

— Berlin, 7. Nov. Noch immer laufen Gerüchte über die Bildung des neuen Cabinets, sowie über von diesem zu nehmenden

Maßregeln um. Seit gestern Abend ward vorzüglich die Nachricht verbreitet und findet vielen Glauben, daß der Graf Brandenburg an der Spitze eines Cabinets (v. Manteuffel Inneres, Ladenberg, Kultus, v. Schleinitz Aeußeres) morgen in der Kammer erscheinen werde. Man versichert uns, daß das Cabinet erklären werde: „Se. Maj. werde die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung (wie Abschaffung des Adels, der Titel, Orden &c. &c.) als unter dem Terrorismus des Berliner Volkes gefaßt, nicht sanctioniren. Sr. Maj. Regierung finde sich durch die Unfreiheit der Nationalversammlung in Berlin veranlaßt, dieselbe nach Brandenburg zu verlegen, wo bereits Einrichtungen getroffen werden; in 14 Tagen sollten alsdann die Sitzungen eröffnet werden und bis dahin sei die Nationalversammlung zu vertagen.“ — So abenteuerlich dies Gerücht auch klingen mag, so wird dasselbe doch aus einer beachtenswerthen Quelle uns bestätigt. Von anderer Seite wird dagegen mit großer Bestimmtheit versichert, daß Hr. Brandenburg vielleicht nominell ein Cabinet bilden, keinesfalls aber einen Platz in demselben einnehmen werde. Andere Nachrichten gehen dahin, daß bereits Unterhandlung mit dem Centrum der Nationalversammlung angeknüpft sei. — Eine große Anzahl Flüchtlinge ist aus Wien hier bereits eingetroffen und noch größere Zuzüge werden täglich erwartet. Welches Verhältniß die Behörden ihnen gegenüber einnehmen werden, ist noch nicht bekannt. Vorläufig haben sie dieselben ignorirt. In einigen Clubs ist es bereits zur Sprache gebracht worden, die unglücklichen Flüchtlinge sowohl gegen etwaige Auslieferungs-Requisitionen, als auch gegen materielle Noth zu schützen.

— Berlin, 8. Nov., 9 Uhr Abends. Der Staatsanzeiger verkündet so eben eine Kabinettsordre, welche ein Ministerium v. Brandenburg, Premier, v. Manteuffel, Inneres, v. Ladenberg, Kultus, Risler, Justiz, v. Strotha, Krieg, ernannt. Die H. Pommersche für Handel, Kühne für Finanz sind provisorisch ernannt. — Morgen wird eine Botschaft auf das Bureau der Nationalversammlung gelegt, welche die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt und behufs Vorbereitung auf 14 Tage vertagt. Präsident v. Arnub wird dagegen protestiren und die Sitzung nicht schließen. Der Ministerpräsident wird darauf erklären, daß er jede weitere Verhandlung für ungesetzlich erkläre, und sämtliche Minister werden den Saal verlassen und mit ihnen die Majorität der Kammer. Die Rechte hat bereits einen Protest gegen alle weiteren Verhandlungen, welche allenfalls von der Linken beliebt werden möchten, abgefaßt und wird ihn mit etwa 120 Unterschriften dem Präsidenten überreichen.

— Köln, 7. Nov. Man erwartet, daß schon binnen Kurzem der elektro-magnetische Telegraph zwischen Berlin und Aachen vollendet sein wird; hier ist man beschäftigt, die Leitung desselben unter den Rhein auszuführen. Der von Berlin nach Frankfurt laufende Telegraph wird in diesem Monate vollendet sein.

— Breslau, 6. Nov. Wir theilen aus der Krakauer Ztg. „Zutrzenka“ die Nachricht mit, daß Lemberg 3 Stunden lang bombardirt worden und das Rathhaus, die Krakauerstraße, das Universitätsgebäude in Trümmer geschossen sei. — Die Stadt hat capitulirt. — Die Veranlassung hierzu soll ein Streit eines Studenten mit einem Soldaten gegeben haben, in welchem der Letztere verwundet worden ist.

— Koburg, 5. Nov. Der Herzog erklärt in einem Erlaß an die Abgeordnetenversammlung des Herzogthums Gotha, er weise die Zumuthung, welche den Fürsten der kleineren deutschen Staaten gemacht werde, aus Rücksichten auf ihren Privatvortheil ihre Mediatisirung zu verlangen, entschieden von sich ab; mit Freuden habe er die Richtung der

Neuzeit begrüßt, welche sich die Erreichung der Einheit Deutschlands zur Aufgabe gestellt habe; aber er könne bei der Fügbarkeit der kleineren deutschen Staaten an der Möglichkeit und Nützlichkeit ihres Fortbestehens als selbstständiger Theil Deutschlands nicht zweifeln; gewohnt, jede persönliche Rücksicht dem öffentlichen Wohle unterzuordnen, werde er von seinem Rechte, auf seine Stellung als Regent nach freier Wahl zu verzichten, nur dann Gebrauch machen, wenn die fernere Behauptung dieser Stellung mit Ehre oder Pflicht nicht vereinbar sein sollte; er spreche hiermit zugleich die Ansichten seiner in ähnlichen Verhältnissen befindlichen Standesgenossen aus.

— Schleswig, 5. Nov. Ein Protest der Herren Stedmann und v. Reetz gegen einige Verfügungen der neuen gemeinschaftlichen Regierung der Herzogthümer hat große Sensation erregt. Eine gestern Abend hier abgehaltene allgemeine Bürgerversammlung machte diese Angelegenheit zum Gegenstand ihrer Verathung und beschloß eine Adresse an das Reichsministerium des Innern, welche dann auch sofort unterzeichnet wurde. Interessant waren die Mittheilungen, welche der in der Versammlung anwesende Departementschef der Justiz, Hr. Mommsen machte. Derselbe theilte nämlich mit, daß die gemeinsame Regierung bereits auf Erlassung eines entschiedenen Gegenprotestes Bedacht genommen habe; ferner, daß Hr. Stedmann nicht aus bösem Willen gehandelt habe, vielmehr von dem größten Wohlwollen gegen die Herzogthümer besetzt sei, endlich, daß Stedmann sich zur Erlassung des Protestes nur entschlossen zu haben erkläre, um dadurch Schlimmerem () vorzubeugen, und daß derselbe in dem Protestschreiben bloß eine Reservation erblickt wissen wolle, welcher weiter keine praktische Folge zu geben sei. (Die schleswig-holstein'sche Regierung soll sich nun auch damit einverstanden erklärt haben.)

— Wien, 3. Nov. Gestern — sagt man auf der Post — sind 11 Centner Briefe in die Stadt gebracht worden, aber es fehlt an Beamten, sie zu ordnen, und an Briefträgern, sie zu vertheilen. Von den Postbeamten sind seit dem 6. Okt. nur wenige übrig geblieben; Einige sind erschossen, andere in der Verwirrung davongelaufen. So dürfen vielleicht noch 8 Tage vergehen, ehe wir Kunde von Draußen erhalten.

— Wien, 4. Nov. Der Gemeinderath gab gestern wieder ein erstes Lebenszeichen. Er macht die Hauseigentümer für die vollständige Ablieferung der Waffen verantwortlich, wozu der Feldmarschall einen neuen Termin von 12 Stunden mit dem Befehle bewilligte, daß Jeder, bei dem nach dieser Frist Waffen getroffen werden, der standrechtlichen Behandlung verfällt. Der Verkehr ist gänzlich; alle Kaufmannsgewölbe sind geschlossen; die Noth der ärmeren Volksklasse hat bereits eine unermessliche Höhe erreicht.

— Wien, 5. Nov. Die Wiener Zeitung berichtet folgende Anordnungen: 1) Eine Kundmachung, wonach von 5 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends an dem Burg-, allen Kärnthner-, Sturmer-, Rothenthurm- und Schottenthor für Fußgänger und Fahrzeuge die Passage ohne Passirschein frei ist; 2) eine Kundmachung, welche die Möglichkeit, den freien Verkehr zwischen der Stadt und den Vorstädten wiederherzustellen und den Belagerungszustand zu erleichtern, davon abhängig gemacht wird, daß die Einwohner binnen 6 Stunden den Aufenthalt von Pulszky, Bem, Messenbauer, Jenneberg und Schütte angeben; 3) Maßregeln zur bessern Verproviantirung Wiens; 4) Aufforderung zur Auslieferung der verborgenen Pulvervorräthe.

— Wien, 5. Nov. Daß Blum und Gröbel in der vorgestrigen Nacht verhaftet wurden, wissen Sie bereits. Zwanzig Grenadiere hatten den Gashof zur Stadt London, wo beide Abgeordnete wohnten, besetzt. Blum fragte den Offizier: ob ihn seine Eigenschaft als Mitglied der Frankfurter Reichsversammlung gegen

diese Verhaftung nicht schütze. „Nichten Sie diese Frage an meinen General,“ antwortete der Offizier, und führte ihn ohne weitere Umstände in's Gefängniß. Diese beiden Herren haben übrigens während ihres Wiener Aufenthalts so viele Unflugheiten begangen, Blum hat in der Aula Reden von so unsinnig jacobinischem Zuschnitt gehalten, daß wir ihr Schicksal weniger bedauern, als das vieler andern. — Vom 6. Graf Franz Stadion hat Wien verlassen und sich nach Olmütz begeben. Seine Reise nach Wien scheint hauptsächlich den Zweck gehabt zu haben, sich mit dem Fürsten Windisch-Grätz über künftige Maßregeln zu verständigen. Es ist kein Zweifel, daß er dem Fürsten Mäßigung anempfohlen. Nie war dieselbe nothwendiger als heute, um die durch die Härte des Belagerungsstandes erbitterten Gemüther zu besänftigen. — Zu Betreff der Zeitungen ist in so fern einige Milderung eingetreten als den zwei konservativen Blättern, der Presse und dem Lloyd, erlaubt ist von morgen an ohne Censur zu erscheinen. — Messenbauer hat sich freiwillig gestellt. Prof. Fuster, der Revolutionsprediger der Aula, wurde in Mödling festgenommen. Bem, Schütte, Pulszky und Jenneberg sind noch nicht gefunden worden. (N. 3.)

— Wien, 6. Nov. Gestern wurden die Stadthore zur freien Passage eröffnet, was uns Gelegenheit bot, einen Rundgang durch die Vorstädte zu machen. Schauerhafte Kriegsverwüstungen zeigten sich uns überall, wo der Angriff von Truppen stattgefunden hatte. Besonders ist Jägerzeile, Landstraße und Weißgerbern hart hergenommen worden, beinahe der größere Theil der städtischen Gebäude, welche die Jägerzeile einsäumten, und die unlängbar zur Zierde Wiens gehörten liegt in Asche, und nur schwarzgebrannte Mauern stehen als öde Ruinen da. Der Kampf muß dort furchtbar wüthend gewesen sein. Jedes Haus scheint eine Festung gebildet zu haben, die nur im Sturme genommen werden konnte. Die Unzahl der Kanonenkugeln des schwersten Kalibers, die in den Mauern stecken und unter dem Schutte liegen, geben Bestätigung von einer riesenhaften Gegenwehr. — Die Stadt hat im Aeußern ein etwas freundlicheres Aussehen gewonnen. Die Mehrzahl der Verkaufsgewölbe sind heute geöffnet, an Begräunungen der Barrikaden wird fleißig gearbeitet, und von Seite des Gemeinderaths ist alles eingeleitet, daß die Verwüstungen im Innern der Stadt in Kürze spurlos verschwinden können. Der Verkehr stockt noch gänzlich; die ohnehin bedeutende Theuerung aller Lebensmittel ist noch immer im Steigen. (N. Ab. 3.)

— Wien, 6. Nov. Die Stadt gewinnt ein immer freundlicheres Aussehen. Die Kommunikation mit den Vorstädten ist hergestellt und von allen Seiten strömen die Lebensmittel herbei, die zum Theil völlig mangelten und zu enormen Preisen bezahlt wurden. Der Gemeinderath hat bekannt gemacht, daß mittellose Individuen beiderlei Geschlechts Beschäftigung finden können, woran es in der That auch nicht fehlen wird, da die Herstellung der vielen beschädigten und zum Theil zu Grunde gerichteten Gebäude in den Vorstädten, besonders in der Jägerzeile, viele Hände in Anspruch nehmen, während außerdem auf der Eisenbahn und an den zerstörten Brücken gen'g Arbeit für viele tausend fleißige Menschen vorhanden sein wird. — Ich habe gestern Briefe von verschiedenen gradirten und eingezogenen Personen gelesen, welche sich in alles Lob über die Behandlung ergehen, die man ihnen in den Kasernen, wo sie sich befinden, angedeihen läßt. Bem, Schütte, Pulszky und Jenneberg sind noch nicht gefunden worden. — Ein großer Theil des Heeres ist bereits gegen die Ungarn im Marsch. Heute sahen wir Croaten und italienische Grenadiere die östliche Richtung einschlagen. Schwerlich dürften die Ungarn dem anziehenden Sturme widerstehen. Die Stärke der bei Wien versam-

melten Armee betrug vor dem Angriff 98,000 Mann mit 285 Kanonen.

— Prag, 4. Nov. Die Prager Deputation ist gestern von Olmütz zurückgekehrt und hat die vollste Zufriedenheit über ihre Aufnahme von Seiten der kais. Familie, deren einzelnen Gliedern sie sich besonders vorgestellt hatte, ausgesprochen. Se. Maj. der Kaiser versprach ihr, daß Wien auf keinen Fall dem Martialgesetz unterstehen werde, daß, sobald die Ruhe hergestellt ist, die ordentlichen Civilbehörden in Wirksamkeit treten.

— In Lemberg hatten am 5. Nov. die dortigen Radikalen (Polen) eine Schilderhebung gegen die Besatzung unternommen. Die Studenten und ein Theil des Adels, mit der Nationalgarde und den Proletariern vereinigt, hatten sich sämtlicher öffentlichen Gebäude bemächtigt. Der Aufruhr war in vollem Gange. Allein J. M. L. Baron Hammerstein stellte die Ruhe nach einer dreistündigen Beschießung wieder her. — Dem aus Galizien in Nordungarn operirenden General Simonich, der sich aus Mangel an Munition an die nordwestliche Gränze Ungarns zurückzog, ist Artillerieverstärkung über Göding zugesandt worden.

— Bukarest, 17. Okt. Bukarest bietet heute das verhängnißvolle Schauspiel eines doppelten militärischen Regiments, wo Türken und Russen friedlich neben einander stehen, beide — doch vielleicht nicht immer eines Sinnes — herrschen, und mitten zwischen ihnen ein Nationaler, ein Kaimakan ad honores, als willenloser Vollstrecker der Befehle dieser beiden Gewalten schwankt. Natürlich sind alle Errungenschaften des 11. Juni, alle Abzeichen derselben vernichtet, und die strengsten Verordnungen folgen Tag für Tag aufeinander.

— Bern, 7. Nov. Heute fand die feierliche Eröffnung des Nationalraths und Ständeraths statt.

— Aus Sardinien. In der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 2. Nov. bemerkte Hr. Montezemolo, die deutsche Centralgewalt habe Vermittlungsanträge gemacht, die Minister mögen daher erklären, ob sie in dieser Beziehung Verbindlichkeiten eingegangen haben. Der Minister des Innern, Pinelli, erwiederte, die Regierung werde niemals dulden, daß eine andere Macht als Frankreich und England sich in das Vermittlungswerk einmische.

— Paris, 7. Nov. Gestern wurde in der Nationalversammlung noch die Feier des Verfassungsfestes, in Paris am 12. Nov., in den andern Gemeinden Sonntags darauf, bestehend in Verlesung der Verfassung, angenommen und dazu 700,000 Fr. bewilligt. Streit veranlaßte der Name des Platzes, wo die Pariser Feier statthat, nämlich „Revolutionsplatz.“ Es wurde der alte Name, Concordeplatz, wieder verlangt. — Man ist bereits mit den Zurüstungen für das sonntägliche Fest beschäftigt. — Der Moniteur bringt die neue Verfassung. — Die H. Girardin, Genoude und Thiers treten vereint zu Gunsten Ludwig Bonaparte's auf. Dieser hat bereits einen vollständigen Hof, an dessen Spitze Graf Montholon steht. Es werden förmliche Audienzen erteilt und die Petenten auf eine bald eintretende bessere Zeit vertröstet. Es treffen auch bereits Bittsteller aus den Provinzen ein, namentlich aus den östlichen Departementen. — Abd-el Kader hat Pau verlassen und wird seinen Sitz in Amboise in der Nähe von Nantes erhalten. — Auf einen Beschluß des hiesigen demokratischen Centralausschusses hin wird noch im Laufe dieser Woche eine Trauerfeier zu Ehren der gefallenen Wiener stattfinden. — An der Börse neuer Schrecken, neues fürchterliches Sinken! Alle Welt fürchtet die Wahl Louis Bonapartes; ferner hieß es, Dufaure und Vivien wollen aus dem Cabinet scheiden.

Die Indianer in England.

Unsere Leser werden sich vielleicht noch des amerikanischen Malers Catlin erinnern, dessen Beschreibung seiner Wanderungen unter den indianischen Stämmen des Westens mit Recht so großes Aufsehen erregt haben. Derselbe Verfasser ist nun mit einem zweiten Werke hervorgetreten, *) dessen Thema zwar im mancher Beziehung von dem des ersten abweicht, aber nichtsdestoweniger ein eigenthümliches Interesse besitzt. Damals fuhrte er uns seine wilden Naturkinder vor, wie sie von allen Fesseln des civilisirten Lebens frei ihre unermesslichen, menschenleeren Wüsten durchstreifen; jetzt stellt er sie unter einem neuen Gesichtspunkte dar, umgeben von den Weichlichkeiten der modernen Gesellschaft, die mit ihrer gewohnten einfachen Existenz einen eben so schneidenden Kontrast bildet, wie die geräuschvolle, feberhafte Bewegung unserer Städte mit dem ewigen Schweigen der Urwälder.

Vor ungefähr acht Jahren eröffnete Herr Catlin in London (in der sogenannten Egyptian Hall) eine Ausstellung, die zur Erläuterung der Sitten und Gebräuche von achtundvierzig nordamerikanischen Stämmen dienen sollte und, außer den von ihm an Ort und Stelle gezeichneten Porträts und Gruppen, aus zahlreichen Proben ihrer Handarbeiten, Kleidungsstücke, Waffen u. s. w. bestand. In der Folge schlossen sich ihm einige Indianer-Gesellschaften an, die von anderen Unternehmern nach Europa gebracht worden und die er aus Zuneigung für diese gutmüthigen Wilden und aus Dankbarkeit für die Aufnahme, die er einst bei ihnen gefunden hatte, auf alle mögliche Weise zu unterstützen für seine Pflicht hielt, obgleich er, nach seiner eigenen Bemerkung, das Verfahren stets mißbilligte, Indianer aus ihrem Vaterlande zu locken und über den Ocean zu führen, wo die veränderte Lebensweise, in Verbindung mit dem ungewohnten Klima, ihnen fast immer verderblich wird. Die erste Gesellschaft, die sich bei ihm meldete, gehörte zu den Oschibewah's (Ojibeway's) und war mit einem gewissen Herrn Rankin auf Spekulation nach England gekommen. Sie bestand aus folgenden Personen: dem Knabenhäuptling (Boy Chief), der fliegenden Wöde, der treibenden Wolke, Tabak, Mondlicht, dem Dolmetscher Sturmwind und einigen Damen, denen es vor Allem zur Pflicht gemacht wurde, sich des „Feuerwassers“ zu enthalten.

„Die erste Ausfahrt meiner Indianer in Manchester“, schreibt unser Verfasser, „geschah in einem Omnibus, der sie nach meinem Lokale brachte, welches sie lange zu sehen gewünscht hatten. Der Mayor der Stadt, der Redakteur des Guardian und mehrere andere Herren waren eingeladen worden, um den Eindruck zu beobachten, den die hier aufgestellten Gegenstände auf sie machen würden. Es erfolgte auch in der That eine höchst merkwürdige Scene. Als sie in den Saal traten, erblickten sie die Bildnisse von mehreren Hundert Häuptlingen und Kriegeren ihres eigenen, so wie der ihnen feindlichen Stämme, die an den Wänden hingen und sie anstarrten, während ihre vaterländischen Wigwams, Kostüme und Waffen sie von allen Seiten umgaben; sie erhoben ein furchtbares Geheul, welches die ganze Nachbarschaft im Schrecken setzte, näherten sich den Porträts ihrer Freunde, denen sie die Hände boten und schlangen den Tomahawk oder spannten den Bogen gegen ihre Feinde, indem sie das bekannte Kriegsgeschrei ausstießen.“

*) Catlin's Notes of Eight Years' Travels and Residence in Europe, with his Indian Collection. London, 1848. Zwei Bände.

(Fortsetzung folgt.)